II– 1791 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

Zahl 10 072/2-1.1/77

Beabsichtigte Verminderung der Überstundenleistungen in den Bundesdienststellen;

Anfrage der Abgeordneten ZEILLINGER und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung, Nr. 842/J

811 /AB
1977 -01- 17
zu 842 /J

Herrn
Präsidenten des Nationalrates

Parlament
1010 Wien

In Beantwortung der seitens der Abgeordneten zum Nationalrat ZEILLINGER, Dipl.Ing. HANREICH und Genossen am 2. Dezember 1976 eingebrachten, an mich gerichteten Anfrage Nr. 842/J, betreffend beabsichtigte Verminderung der Überstundenleistungen in den Bundesdienststellen, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Neben generellen Sparmaßnahmen hat sich die Bundesregierung auch zum Ziele gesetzt, den Personalaufwand des Bundes so gering wie möglich zu halten. Deshalb hat sie die Anzahl der dienstlichen Auslandsreisen der Bundesbediensteten in den Jahren 1975 und 1976 um etwa 25 v. H. unter der des Jahres 1974 gehalten. Das bedeutet nach vorsichtigen Schätzungen allein im Jahre 1975 eine Ersparnis von zumindest 3 Millionen Schilling. Für das Jahr 1977 wurden die finanziellen Mittel für derartige Dienstreisen so veranschlagt, daß mit einer weiteren Einschränkung der Zahl dieser Dienstreisen zu rechnen ist. Darüber hinaus wurde die Anzahl der Dienstposten für das Jahr 1977 um mehr als 3.000 und damit um mehr als 1 v. H. des Dienstpostenstandes 1976 gekürzt.

Des weiteren wurde eine rigorose und kritische Überprüfung jener Nebengebühren in Aussicht genommen, die durch Überstundenleistungen verursacht werden. Dazu ist die Kenntnis verschiedener Gegebenheiten notwendig. Insbesondere gilt es festzustellen, aus welchen Anlässen es zur Anordnung von Überstunden kommt. Die Bundesregierung hat daher in der Sitzung des Ministerrates am 9. November 1976 beschlossen, in den einzelnen Ressorts bestimmte Erhebungen durchführen zu lassen. Erst deren Ergebnisse werden es der Bundesregierung ermöglichen, jene Schlußfolgerungen zu ziehen, die etwa den Inhalt der vorliegenden parlamentarischen Anfrage bilden.

Aus diesem Grund bin ich nicht in der Lage, die an mich gestellten Fragen zu beantworten. Ich bin aber gerne bereit, nach Vorliegen der aus den Erhebungen gewonnenen Erfahrungswerte diese den daran interessierten Abgeordneten zur Verfügung zu stellen.

13. Jänner 1977